



UZ

Universitätszeitung
Organ der
Kreisleitung der SED
3. November 1989

40

KARL - MARX - UNIVERSITÄT

Aufbruch '89



Prof. Dr. sc. Klaus Rendgen

SED-Kreisleitung tagte

Am 31. Oktober 1989 fand eine außerplanmäßige Sitzung der SED-Kreisleitung KMU statt, an der Genosse Dr. Roland Wübel, Sekretär der Bezirksleitung, als Gast teilnahm. Es wurden Kadefragen beraten und folgende Beschlüsse gefasst:

1. Entsprechend seinem Antrag wurde der Gen. Dr. Werner Fuchs von der Funktion des 1. Sekretärs entbunden. Ihm wurde für seine langjährige Arbeit gedankt.
2. Das Mitglied der Kreisleitung, Genosse Prof. Dr. sc. Klaus Rendgen, wurde einstimmig zum 1. Sekretär gewählt.
3. Die Kreisleitung bestätigte Maßnahmen zur Vorbereitung weiterer Kaderveränderungen, die auf der nächsten Sitzung der SED-Kreisleitung beraten und beschlossen werden.

Exklusiv für die UZ:

Der neue 1. Sekretär der SED-Kreisleitung

Ganz kurz: Darf man gratulieren oder hat der Pflichtmensch gesiegt? Ich glaube, man darf gratulieren. Weil es schon etwas sehr Bewegendes ist, wenn in einer solchen Situation eine Kreisleitung einem das Vertrauen ausspricht, eine so verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen. Natürlich fiel es mir nicht leicht. Ich habe gerade erst wieder wissenschaftlich Fuß gefasst und befinde mich in der Phase der Orientierung. Ich möchte wissenschaftlich beitragen zur Erneuerung des Sozialismus, und nun verbinde ich's mit der Praxis.

Und wie sieht's drinnen aus? Anst? Oder welches Gefühl überwiegt? Anst nicht. Wenn ich Anst gehabt hätte, hätte ich es nicht machen dürfen, aber natürlich die Sorge, ob meine Kräfte ausreichen und meine Fähigkeiten.

Worin sehen Sie die wichtigste Aufgabe, die vor der Parteiorganisation dieser Uni in den verbleibenden Wochen des Jahres steht?

Die wichtigste Aufgabe besteht darin, auf einer tragfähigen politischen Basis über die Erneuerung des Sozialismus und unserer Partei wieder zu Geschlossenheit zu finden, zu einem einhelligen Vorgehen. Dazu Selbstvertrauen und die Kraft in die Offensive zu kommen und auf dieser Basis dann auch dafür zu sorgen, daß an der Uni in einem vertrauensvollen politischen Klima eine hocheffektive Arbeit in der Wissenschaft und in der Medizin geleistet wird.

Als letzte Frage: Was wünscht sich der „Erste“ von der UZ?

Von der UZ wünsche ich mir, daß sie dem Leser ein wahrheitsgetreues Bild der Situation an der Uni vermittelt, damit sich jeder selber ein Urteil bilden kann. Natürlich erwarten wir auch, daß dort die Position der Partei propagiert wird. Gleichseitig wollen wir genauso, daß in der UZ der Meinungsstreit um die besten Lösungen und die besten Ideen geführt wird.

Vielen Dank und alles Gute!

Parteiaktiv in Kürze

- die lange Zeit des Schweigens führte zu großem Vertrauensschwund in die Partei als Ganzes, - schonungslose Analyse der Ursachen steht auf der Tagesordnung, - Erneuerung der Partei ist das derzeit Wichtigste, - Wiederaufnahme der Parteiverfahren der letzten zwei Jahre an unserer Uni und deren Überprüfung geordert, - gegenwärtig ist die Partei nicht der praktizierende Teil der Erneuerung in unserem Land, - alte Strukturen, die uns hemmen, müssen abgeschafft werden, - jegliche Kriminalisierung anderer Meinungen, die auf dem Boden der Verfassung stehen, wird abgelehnt, - Aufgaben an unserer Uni: 1. Vollständige Einstellung auf die Umgestaltung in Partei und Staat 2. Im Mittelpunkt unserer Arbeit muß die Vertretung der Interessen der Uniangehörigen stehen 3. Klare Profilierung der FDJ, des FDGB und anderer gesellschaftlicher Kräfte gefordert - die Partei arbeitet mit jeder gesellschaftlichen Kraft zusammen, die sich zu Antifaschismus, zur Erneuerung des Sozialismus und zur staatlichen Souveränität der DDR bekennen 4. Förderung nach Zulassung aller Oppositionsgruppen in unserem Land, die auf dem Boden der Verfassung der DDR stehen.

Gedanken zur Woche

Köpfe sollen rollen! Am besten so viele wie möglich. Und schnellstens. Mit jedem weiteren Forum - ob nun in der mi oder bei „uf 99“ - greifen diese Forderungen mehr Raum. Die entsprechenden Namen unterscheiden sich wohl nur nach Diskussthemata und Örtlichkeit. Diese Forderungen sind der Wunsch nach einer auch sofort öffentlich sichtbaren Abrechnung mit all den Fehlern und Verdrämnissen der Vergangenheit. Als Mensch gesprochen: Eine verständliche Reaktion.

Und doch, so scheint's dem Autor, bedeutet die bloße Anerkennung dieser Tatsache, stehenzubleiben, sich mit Oberflächlichem zufriedenzugeben.

Vorbirgt sich hinter all dem Fir und Wider nicht eigentlich die Frage nach unserer politischen Kultur? Oder anders: Wie gehen wir miteinander um?

Der Autor dieser Zeilen plädiert für Toleranz. Das bedeutet: Einem jeden Menschen in unserem Land, der hier bleibt und hier arbeiten will, muß das Recht und die Fähigkeit zugestanden werden um zuzuhören, um zuzulernen. Zugegeben, ob das nun gerade in speziellen Fällen in den bisherigen Führungsfunktionen geschehen muß, gilt es sicher zu überdenken. Und doch! Mehr denn je gilt - unser Land braucht jeden.

Manch einer mag jetzt den Kopf schütteln. Aber diesen gegenüber sei die Frage gestattet: Nieße es nicht, allzu leicht Vergangenheitsbewältigung betreiben, wollte man behaupten, daß auf der einen Seite unserer Gesellschaft (oben?) all die Betonköpfe säßen, während sich auf der anderen (unten?) all die Reformer tummelten?

Besteht denn die neue Ehrlichkeit nicht auch darin, anzuerkennen, daß der Riß eben zwischen Betonkopf und Reformer durch jeden Menschen selbst geht? Welcher Genosse könnte schon von sich behaupten, in den vergangenen Jahren, immer und sofort zum Beispiel gegen die Verletzung des Parteistatuts in puncto Kritik und Selbstkritik aufzutreten zu sein? Oder anders gefragt: Bei Anerkennung aller bisherigen Begrenztheit der Einflüsse, welche auf politische Entscheidungen der Parteiführung durch die Partibasis: Haben wir nicht auch durch unser jahrelanges Stillhalten und Einbindenlassen in einen überholten Begriff von Parteidisziplin mit dazu beigetragen, daß es zu dieser Stagnation in unserem gesellschaftlichen Leben kam?

Ja sicher, die politischen Haupt-

verantwortlichen müssen harte Konsequenzen ziehen (und manche haben das ja auch getan). Von mir aus bis hin zum Rücktritt. (Im übrigen auch eine Frage der politischen Kultur!)

Ob aber grobschlächtiges und undifferenziertes Dreinschlagen, wie es hier und da unter nicht wenig Beifall gefordert wird, uns den richtigen Weg weist, das mag hier bezweifelt werden. Der Spruch „Wo gehobelt wird, fallen Späne“ hat gerade auch in unserem Land immer eine menschliche Dimension, die all jene, welche da heute wahllos Rücktritte fordern, auf die Stufe jener stellt, von denen sie sich so lautstark und publikumswirksam mit dem Vorwurf des Stalinismus trennen wollen.

Man kann und darf nicht politische Unkultur mit ihren eigenen Waffen bekämpfen, eingedenk der Tatsache, daß eine Politik des Augen um Auge immer eine Politik der Blenden ist.

Nutzen wir die Chance und erlernen wir gemeinsam eine weiteren humanistischen Idealen entsprechende politische Kultur, in der jeder nicht vorrangig daran gemessen wird, was er gestern sagte und tat, sondern daran, wobei er heute und morgen aktiv mitarbeitet.

Unsere Vergangenheit hat wir denn keine Zukunft, wenn wir schon heute anfangen, kulturvoll miteinander umzugehen. O. SCHIRG

Britische Rektoren zu Gast an KMU

Eine britische Rektorendelegation führte am Dienstag, dem 28. 10. 1989, an der KMU mit Rektoren von DDR-Universitäten einen Erfahrung- und Gedankenaustausch über die effektive Ausgestaltung der entscheidenden Universitätsprozesse. Unter anderem wurden der erreichte Stand sowie weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen beider Länder erörtert.

In einem angeregten Disput wurden grundlegende Fragen künftiger Universitätsentwicklung behandelt. Die Rektoren der DDR waren sehr interessiert an den Erfahrungen ihrer britischen Amtskollegen mit einer nationalen Richtlinie zur Bewertung der Leistungen von Wissenschaftlern sowie an Erfahrungen mit den Universitäten angeschlossenen Hochtechnologiezentren. Ebenso wurden Fragen eines effektiven Systems von Postgradual- und Fernstudienrichtungen und Probleme des Verhältnisses von fachspezifischer und interdisziplinärer wissenschaftlicher Arbeit, von berufsorientierter und akademisch orientierter Ausbildung diskutiert.

Neue Medien - alte Macher?



Der Theoretiker, Prof. Poeschke und der Praktiker, Peter Neumann.

So das Motto einer mb-Diskussion am 24. 10. Auf dem Podium saßen sechs „Macher“ verschiedener Medien und vier Wissenschaftler der Sektion Journalistik.

Die praktizierten „Kultur“ des Streits zwischen Publikum und Podium war nicht das „hohe C“ - symptomatisch für ausbrechenden Frust, auf bisherige Journalismus und manchen seiner Macher... Nicht jeder auf dem Podium hielt dem stand. Der Chefredakteur des Sächsischen Tageblattes z. B. machte mir den Eindruck als sei er ausschließlich der Leittragende knechtender Anleitungsmechanismen - so kann man sich auch aus der Verantwortung stellen... Die meisten im Schlaglicht taten dies nicht. Prof. Hans Poeschke, Sektion Journalistik, verlangte: „Ein demokratisches Wirken des Journalismus kann es nur geben, wenn er demokratisch durchschaubar geleitet wird.“ Deshalb sei das Herausgeberprinzip zu fördern, auch wenn die Bindung des Journalisten an seine Organisation notwendig bestehen bleiben müsse.

Ein Pressegesetz müsse her - so Prof. Günter Raus, Sektion Journalistik - das außerdem neue Anleitungsmechanismen, die Informationspflicht auf allen Leitungsebenen und den Zugang der Bürger zu ihren Medien gesetzlich regelt.

Peter Neumann, stellv. Chefredakteur der „Jungen Welt“, stellte sich den emotionsgeladenen Vorwürfen ehrlichen Herzens entgegen: „Ich spucke nicht auf zwölf Jahre Arbeit in den Spiegel und werde mich und die anderen nicht verleugnen.“ Auf Anfragen verwies er aber auch darauf, daß die Glaubwürdigkeit „alter Macher“ natürlich mit ihrer „öffentlich nachvollziehbaren Lernfähigkeit“ stehe und falle.

Hajo Kramer

Unsere Journalisten sind besser als der bisherige Journalismus in unserem Land. Wie das?

Sind Journalisten nur benutzt worden oder haben sie sich nicht auch benutzen lassen?

Deutlich an den Fragen zu erkennen war, wie unübersichtlich Strukturen innerhalb der Massenmedien für den Rezipienten sind. Deshalb fehlte es oft an Sachkunde in den Fragestellungen. „Die Journalisten dürfen nicht zum Prügelknaben der Nation gemacht werden!“ meidete vorsichtig Prof. Günter Raus an. Doch das Publikum wollte um die Ursachen für den bisher realitätsfremden Journalismus in unserem Land wissen.

Rolf Richter (ADN) bemerkte, daß viele Journalisten nach dem Prinzip: „Die Partei hat immer recht!“ gehandelt hätten und forderte in dem Zusammenhang, daß der Anleitungsmechanismus ausschließlich durch das ZK der SED abgeschafft werden müsse. Wir sollten wieder lernen, betonte er, daß es unterschiedliche Sichten auf gleiche Ereignisse geben kann und daß sich diese rigoros in den Massenmedien widerspiegeln haben.

Für Jens Rieble, Journalistikstudent des 3. Studienjahres, kann der Journalismus nur so gut sein wie die Demokratie dieser Gesellschaft. „Krank ist die Gesellschaft, muß auch der Journalismus krank sein.“

Der Abend insgesamt spiegelte das große Mißtrauen, den berechtigten Vertrauensschwund der Leser wider, was keineswegs die teilweise unsachliche Diskutierweise bzw. das Fördern von Klippen legitimiert. Aber die Frage bleibt, wie diese Entfremdung zwischen Leser und Journalist zu überwinden ist.

Maren Schibilsky

Zur gründlichen Analyse der UNI-Situation

Konkrete Maßnahmen, die einen wirksamen Beitrag der KMU zur Gesellschaftsentwicklung gewährleisten, wurden am 31. 10. 1989 auf einer weiteren außerordentlichen Dienstberatung des Rektors mit den Sektions- und Institutsdirektoren erörtert. Der Rektor, Prof. Dr. sc. Horst Hennig, ging in seinen Ausführungen davon aus, daß die Arbeitsfähigkeit der Universität in allen Hauptprozessen unbedingt erhalten werden muß bei gleichzeitiger konstruktiver Diskussion über notwendige Veränderungen des akademischen Lebens der Universität, mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Leistungskraft, der wirksamen Ausschöpfung des bedeutendsten wissenschaftlichen Potentials unserer Hochschule. Es wurde empfohlen, in den Räten der Sektionen bzw. Institute eine gründliche Analyse der Lage vorzunehmen und daraus die kurzfristig dringenden Aufgaben sowie die strategischen Aufgaben für die weitere Arbeit der jeweiligen Einrichtung abzuleiten.

Der Rektor legte fest, daß die ersten Ergebnisse dieser Beratungen auf einer Klausurtagung der Direktoren der Sektionen und Institute am 11. 11. 1989 zu einem Standpunkt der Universität zusammenge-

faßt und der Universitätsöffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden.

Noch in diesem Jahr soll ein Konzipil unter dem Arbeitsthema „Die Karl-Marx-Universität und ihre Verantwortung in der heutigen Zeit“ den konstruktiven Beitrag unserer Universität für beschleunigten Wissenschafts- und Gesellschaftsfortschritt bestimmen.

Des Weiteren gab Prof. Hennig eine Einschätzung der Lage an der Universität und stellte seine Position zur Rolle der FDJ und zum Studentenrat vor, wobei er sich auf seine Ausführungen auf der Versammlung der Studentenvertreter am 26. 10. 1989 stützte. Er informierte darüber, daß unter Berücksichtigung vieler Eingaben von Universitätsangehörigen in Übereinstimmung mit dem Minister für Hochschul- und Fachschulwesen die ursprüngliche in Lehrgangsform vorgesehene ZV-Ausbildung im Frühjahr 1990 vorzugsweise im Bereich Medizin der KMU und anderen Schwerpunktbereichen stattfinden. Über den konkreten Ablauf und die Modalitäten muß in Abstimmung mit dem Prorektor Medizin noch entschieden werden.

Abschließend gaben der Rektor und die Prorektoren folgende Erklärung ab, die von allen Beratungs-

teilnehmern unterstützt wurde: „Mit tiefer persönlicher Besorgnis haben Rektor, Prorektoren, Sektions- und Institutsdirektoren sowie die an unserer Universität Verantwortung Tragenden die Zuspitzung der Situation in unserem Lande verfolgt.“

Die vorhandenen Chancen zur Lösung lang angestauter gesellschaftlicher Probleme müssen dringend aufgegriffen werden. Wir sehen, daß es an unserer Universität vielfältige Kräfte gibt, die bereit sind, zur konsequenten Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft - in zweifelslos unterschiedlichen Formen - beizutragen. Die staatliche Leitung der Karl-Marx-Universität, mit dem Rektor an der Spitze, bekenn sich ohne Vorbehalte zur kompromißlosen Erneuerung unserer Gesellschaft und zum dafür erforderlichen Beitrag der Wissenschaft.

Wir wollen die in unserer Kompetenz und Verantwortung liegenden Aufgaben lösen, um den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung unumkehrbar zu machen.

Ein Konzipil der Karl-Marx-Universität wird unsere Position, die konsequent auf die Verantwortung der Wissenschaft für die gesellschaftliche Entwicklung orientiert, der Öffentlichkeit unterbreiten.“

Kolloquium zur Kommunalpolitik

Leipzig (LVZ). „Kommunalpolitik und Demokratie in der sozialistischen Großstadt“ lautete am Mittwoch vergangener Woche das Thema eines Kolloquiums in Leipzig. Der Neuen Rathaus Veranstalter wurde das wissenschaftliche Gespräch gemeinsam von der SED-Stadtleitung Leipzig, dem Problemrat „Politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft“ bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und dem FMI.

Basis des Kolloquiums waren eine Diskussionsgrundlage mit Thesen zu einer gemeinsamen Forschungsarbeit von Stadt- und Stadtbezirksleitung der SED in Leipzig mit dem Franz-Mehring-Institut sowie Kurzreferate zu ausgewählten Problemkreisen. Dr. sc. Rudolf-Peter Zottl, Vorsitzender des Problemrates, wertete die Leipziger Forschungsergebnisse als konstruktives Material für den theoretischen Erkenntniszuwachs.

Heute: **3** Brauchen wir wir das MLG? **4** Studenterrat in der Diskussion **5** 11. Zentrale Leistungsschau ab 6. November **6** Traditionsreiche Leipziger Buchbörse